

## Zu diesem Heft

Insgesamt sechs Beiträge zu Europa-Themen geben diesem Heft seinen Schwerpunkt, was auf die zunehmende Bedeutung europäischer Regelungen für die unterschiedlichsten Politikfelder und für das Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger hinweist. Die Beiträge stellen organisierende Wegweiser für die Verarbeitung von Berichten in den Medien dar.

*Roland Sturm* stellt die Grundrechtecharta der EU von 2000 (Nizza) dar. Die dort genannten Menschen-, Bürger- und sozialen Grundrechte wurden inzwischen (Juli 2003) vom Verfassungskonvent übernommen, womit sich ihr politisches Gewicht erhöht. Problematisch sind bei allem Fortschritt legitimatorische Defizite: Mangelnde Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung, Unübersichtlichkeit des Garantiegefüges in der EU insgesamt, eine vage Generalklausel zu Einschränkungen, die unentschiedene Identitätsfrage (des Wertebezugs) und das Fehlen einer europäischen Grundrechtsbeschwerde (den EU-Bürgern bleibt also dieser direkte Weg zum Europäischen Gerichtshof verbaut).

Die „Brüsseler Fleischtöpfe“ werden von allen Ländern begehrt. Struktur- und Regionalpolitik sind höchst komplizierte Felder, deren Instrumente und Entscheidungsverfahren *Matthias Chardon* darstellt. Mit dem Beitritt von 10 Staaten im kommenden Jahr wird die Konkurrenz um Fördermittel größer und Verschiebungen in der bisherigen Förderstruktur werden notwendig. Denn die EU wird nach Fläche und Einwohnerzahl um ein Drittel durch die neuen Mitglieder wachsen, deren Brutto sozialprodukt insgesamt aber nur dem der Niederlande entspricht.

Im Fall „Dory vs. Deutschland“, den *Sebastian Wolf* auswertet, urteilte der Europäische Gerichtshof im März dieses Jahres, die Wehrpflicht in Deutschland mit der Konsequenz des verspäteten Zugangs junger Männer zum Berufsleben verstoße nicht gegen Europarecht, weil die Landesverteilung der nationalen Kompetenz unterliege. Die bloß zeitliche Verzögerung des Berufszuganges führe nicht dazu, dass die Regelung unter das europäische Gleichbehandlungsrecht falle (wie im früheren Fall *Kreil vs. Deutschland* im Jahr 2000).

Im Sommer dieses Jahres billigte der EU-Verfassungskonvent den Entwurf für eine Europäische Verfassung, über den *Hans-Hermann Hartwich* informiert. Ein Schema zeigt die vorgeschlagenen Institutionen und die vier Teile des Entwurfs werden inhaltlich resümiert.

Im fünften Europa-Beitrag kommentiert Heiner Adamski die Rechtsprechung des EuGH zur Eigentumsstruktur der Volkswagen AG. Die für die Zukunft wichtige rechtspolitische Frage ist, ob Staatsbeteiligungen dem Wettbewerb geopfert werden müssen. Insofern verweist der Fall VW und Niedersachsen auf ein allgemeines Problem.

Dieses allgemeine Problem „Europäische Wettbewerbspolitik“ analysieren *Petra Zimmermann-Steinhart* und *Roland Sturm*. Die Geschichte dieser Politik ist eine Erfolgsgeschichte: Immer mehr Impulse kommen aus Brüssel, weil der relevante Markt nicht mehr der nationale, sondern zunehmend der europäische Binnenmarkt ist. Der Leser (die Leserin) kann sich hier im Detail über Geschichte, Grundsätze, Institutionen und Instrumente informieren. Auch diese Analyse belegt, dass „Europa“ zunehmend die Politik der Einzelstaaten überformt und das Leben der einzelnen Bürger beeinflusst.

Im „Brennpunkt“ dieses Heftes steht das Menetekel der IG Metall, deren funktionäre *Hans-Hermann Hartwich* als machthungrig brandmarkt. Ihr (gescheiterter) Streik im Osten – ebenso wie der (ebenfalls gescheiterte) Protest des DGB gegen die Agenda 2010 – ist Beispiel für das eherne Gesetz der Oligarchie. Wenn die Gewerkschaften die drohende Gefahr nicht sehen und abwenden, werden sie für Tarifpolitik und für die politische Definition des Sozialstaats nach Überzeugung des Autors keine Rolle mehr spielen.

Die Serie „New Economy“ von *Rahild Neuburger* findet in diesem Heft ihre Fortsetzung mit der siebten Folge: Es geht um die Wirkungen der Neuen Ökonomie auf die Funktionsbereiche der Unternehmen. In der bewährten Kombination von Fall, Erläuterungen und Glossar finden auch dieses Mal unsere Leser Zugang zu (noch) recht ungewohnten Phänomenen.

„Kontrovers dokumentiert“ *Georg Weinmann* Positionen und Argumente zur Privatisierung der Wasserwirtschaft, die sich um mehrere Fragen ranken: Sinn und Unsinn neoliberaler Wettbewerbspolitik, die Rolle des Staates in einer zunehmend globalisierten Ökonomie und der Einfluss von EU-Vorschriften (hier ein dichter Bezug zu den ersten Beiträgen im Heft). Der Autor hat die Materialien ursprünglich zur Vorbereitung einer Unterrichtsreihe zusammengestellt, was an die direkte didaktische Verwertbarkeit dieser Rubrik erinnert.

„Didaktische Praxis“ behandelt den Wahl-O-Mat, das interaktive Internet-Projekt zur individuellen Äußerung von Meinungen zu politischen Fragen, denen schließlich die Positionen politischer Parteien zugeordnet werden. Der (junge) Bürger kann entweder bestätigt finden, wo er/sie politisch steht, oder mit Erstaunen feststellen, dass eine andere Partei seinen Meinungen näher steht als die, von der er/sie das bisher glaubte. *Heino Gröf* und *Angelika Rimmek* stellen das Instrument vor, das die Bundeszentrale für politische Bildung vor der Bundestagswahl 2002 im Netz hatte – mit spektakulärer Nachfrage, denn 3,6 Millionen Nutzer haben den Wahl-O-Mat durchgeführt. Ein Nachfolger kommt zur Europawahl 2004 – Lehrerinnen und Lehrer müssen das Werkzeug kennen, und vielleicht fallen auch Nutzungen für den Unterricht ab. – Drei Rezensionen informieren schließlich über didaktisch wichtige Neuerscheinungen.

*Die Herausgeber*